

An das
Amt der Steiermärkischen Landesregierung
Abteilung 13 Umwelt und Raumordnung
Referat Naturschutz
per E-Mail: naturschutz@stmk.gv.at

GZ: ABT13-339525/2025-13

Betreff: Stellungnahme zum Begutachtungsentwurf „Biber-Verordnung, 1. VO 2026“

Sehr geehrte Damen und Herren,
der Verein Grünes Tierschutzforum nimmt zum übermittelten Begutachtungsentwurf einer Verordnung über Ausnahmen vom Verbot des absichtlichen Fanges, der absichtlichen Störung und der absichtlichen Tötung von Bibern wie folgt Stellung.

Einleitende Zusammenfassung der Stellungnahme

Die geplante Biber-Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung lehnen wir aus naturschutzrechtlicher, ökologischer und tierschutzrechtlicher Sicht entschieden ab. Der vorliegende Entwurf widerspricht dem erklärten Ziel, Flora und Fauna bestmöglich zu erhalten, und gefährdet den nach EU-Recht streng geschützten Biber, dessen positive Auswirkungen auf Biodiversität, Gewässerrenaturierung und Hochwasserschutz wissenschaftlich umfassend belegt sind.

Die Erläuterungen der Landesregierung bestätigen selbst, dass das bestehende Bibermanagement grundsätzlich funktioniert und dass die Population natürlichen Grenzen unterliegt. Damit fehlt die sachliche Grundlage für eine weitreichende Ausnahmeregelung. Statt nachhaltige Konfliktlösungen zu fördern, schafft der Entwurf einen dauerhaften Teufelskreis wiederkehrender Eingriffe und Tötungen, ohne die Ursachen der Konflikte zu beseitigen.

Besonders kritisch ist, dass die Verordnung Eingriffe in Lebensräume des Bibers durch alle von Biberaktivitäten betroffenen Personen erlaubt und Eingriffe in die Population des Bibers Jagdausübungsberechtigten, beauftragten Jagdkarteninhaber:innen und Jagdschutzorganen übertragen wird, obwohl der Biber strengem Naturschutz unterliegt. Dadurch wird er quasi dem Jagdrecht unterstellt. Die vorgesehenen Maßnahmen bergen erhebliche Risiken für Tierwohl, Artenvielfalt und ökologische Stabilität. Das Absenken oder Entfernen von Hauptdämmen kann Jungtiere gefährden, Biberburgen unbewohnbar machen und zahlreiche andere Arten beeinträchtigen, die von den durch den Biber geschaffenen Lebensräumen abhängig sind.

Darüber hinaus bestehen erhebliche Zweifel an der Vereinbarkeit der Verordnung mit Art. 12 und 16 der FFH-Richtlinie (92/43/EWG), da Ausnahmen nur unter strengsten Voraussetzungen zulässig sind und keine zufriedenstellenden Alternativen bestehen dürfen. Solche Alternativen – insbesondere Flächenablösen, Renaturierung, Raumplanung, Präventionsmaßnahmen und Umsiedlungen – werden jedoch im Entwurf nicht ausreichend berücksichtigt.

Die Verordnung muss daher entweder grundlegend überarbeitet oder zurückgezogen werden. Vorrangig sind nachhaltige Konfliktlösungen, Schutz von Gewässerrandstreifen, fachlich begleitete Präventionsmaßnahmen sowie Umsiedlungen statt Tötungen. Der strenge Schutzstatus des Bibers ist beizubehalten.

Darüber hinaus soll für die Bevölkerung eine ernstzunehmende Anlaufstelle eingerichtet werden, um Vergehen gegen den Biber zu melden. Diese zentrale Stelle sollte ausreichend geschult sein, um die Strafverfolgung fachlich korrekt abwickeln und koordinieren zu können. Bisherige Stellen (Bezirkshauptmannschaften, Polizei, Berg- & Naturwacht) sollen unterstützt und entlastet werden.

Eine Biber(-Schutz)-Hotline sollte wieder eingeführt werden. Diese Stelle sollte großflächig bekannt gemacht und beworben werden.

Im Detail bezugnehmend auf "Erläuterungen/Vorblatt":

Vorblatt:

Auswirkungen auf die Umwelt/das Klima :

Die beabsichtigte Regelung hat voraussichtlich starke Auswirkungen auf die Umwelt und Artenvielfalt, die durch den Biber stark gefördert wird. Die Bedrohung der Biberlebensräume stellt eine Bedrohung der Artenvielfalt und Umwelt dar.

Der Biber unterstützt ebenfalls die Prävention von Krisen durch Hochwasser sowie Trockenheit. Der vorliegende Verordnungs-Entwurf hat entsprechend voraussichtlich Auswirkungen auf Klima-Schäden.

Verhältnis zu den Rechtsvorschriften der Europäischen Union :

Der Entwurf verstößt unserer Ansicht nach ganz klar gegen den Art. 12 und 16 der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen ([Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie – FFH-RL](#), bzw. [EUR-Lex](#)).

Der Biber und seine Lebensräume sind streng geschützt und erhaltenswert.

Vorblatt, allgemeiner Hinweis:

Die Biberpopulation ist erfreulicherweise gestiegen. Es wird erwartet, dass sie auch ohne Eingriffe in Kürze ihren Höhepunkt erreichen wird (ca. 1200 Individuen, Quelle Biber Tagung 2025). Eine weitere starke Zunahme der Biberpopulation ist folglich nicht zu erwarten. Die Grundlage der Verordnung klingt nach unnötiger Panikmache. Das ist eine unzureichende Grundlage für das gesamte Vorhaben, wodurch die Verordnung grundsätzlich berechtigterweise angezweifelt werden muss.

Vorhabensprofil:

Der Verordnungs-Entwurf widerspricht dem Grundsatz des Vorhabensprofils "Flora und Fauna in der Steiermark bestmöglich zu erhalten" vollkommen. Mit dem Verordnungs-Entwurf werden Eingriffe in geschützte Flora und Fauna erleichtert oder gar grundsätzlich ermöglicht und legalisiert. Die weiteren Auswirkungen auf weitere Arten (nicht-menschliche Tiere und Pflanzen) durch das Eingreifen in die Biberlebensräume sind erheblich und äußerst negativ. Das Verschwinden des Bibers geht üblicherweise einher mit

einem spürbaren Rückgang der Artenvielfalt. Das ist durch zahlreiche wissenschaftliche Belege gesichert (z.B. [InfoFauna - Biber und Biodiversität](#)). Von einem "Erhalt der Flora und Fauna" kann mit diesem Verordnungs-Entwurf nicht die Rede sein!

Verbreitung und Bestandsentwicklung des Bibers in der Steiermark, Seite 2 :

Wir möchten auf das in den Erläuterungen verlinkte Dokument verweisen. ([Bibermonitoring Stmk 2024](#))

Dort wird beschrieben, dass sich die Biberpopulation 2024 noch in der Wachstumsphase befand. Es sollte geprüft werden, ob bestimmte Regionen nicht ohnehin schon in Phase III sind, in welcher die Biberpopulation stagniert oder gar sinkt.

Die ungleichmäßige Verteilung von Biberrevieren in den verschiedenen Regionen und dem Vermerk, dass zumindest entlang der Mur noch unbesetzte Biberreviere existieren, sind ein Hinweis darauf, dass wir in den "Problem-Regionen" bereits in der Stagnations-Phase III sind. Die Daten dazu fehlen. Sie würden wahrscheinlich die Grundlage des Verordnungs-Entwurfs weiter destabilisieren.

Entsprechend der Verteilung wäre es ratsam, die Regionen mit noch schwacher Biber-Population durch Aufklärung frühzeitig auf Präventionsmaßnahmen vorzubereiten. Wenn die Bevölkerung bereits vor Eintreffen des Bibers weiß, wie wertvoll er ist (Prävention Hochwasser und Trockenheit, Artenvielfalt), welche Präventionsmaßnahmen es gibt (z.B. Zäunung, Raumplanung, Flächenablösen), und wie man gut mit ihm zusammen leben kann, dann haben wir als Gesellschaft gewonnen (kostengünstiger Katastrophenschutz ohne Konflikte).

Status Quo:

Auf Seite 3 des Dokuments "Erläuterungen" wird von der Landesregierung selbst beschrieben und bestätigt, dass der Status Quo (insbesondere das steirische Bibermanagement) bereits gut funktioniert. Daher ist hier keinerlei Änderung notwendig. Der Verordnungs-Entwurf (Verordnung) ist entsprechend der aktuellen Situation grundsätzlich unnötig. Wir befassen uns in dieser Stellungnahme dennoch im Detail mit dem Verordnungs-Entwurf, ungeachtet der Tatsache, dass die Grundlage für eine Gesetzesänderung fehlt.

Natürliche Begrenzung der Biberpopulation :

Auf Seite 4 wird weiterhin beschrieben und bestätigt, dass die Anzahl der Tiere (Biber) natürlicherweise begrenzt ist. Dies unterstreicht erneut, dass der vorliegende Verordnungs-Entwurf unnötig ist.

Wie sich die positive Wirkung des Bibers entfalten kann :

Die positive Wirkung des Bibers wird in den Erläuterungen ebenfalls beschrieben. Diese Funktionen des Bibers sind äußerst schützenswert. Dass Biber geschützt (oder gar gefördert) werden, ist im Interesse der Allgemeinheit.

Dort, wo Konflikte entstehen, sollte der ursprüngliche Zustand nach Möglichkeit wiederhergestellt werden, durch das Weichen der Landwirtschaft auf geeignetere Flächen. Der Biber sollte Möglichkeiten haben, seine positive Wirkung auszuüben und die Biberlebensräume zu renaturieren.

In Anbetracht dessen, dass die "Konfliktregionen" größtenteils nur die unmittelbaren Streifen an Gewässern betrifft (90% <10 Meter, bzw 95% <20 Meter, siehe Seite 4 der

Erläuterungen anbei des vorliegenden Verordnungs-Entwurf), wären Flächenablösen der vermutlich wirkungsvollste Hebel für beide Seiten.

Eine gesetzliche Einschränkung, dass Gewässer-Randstreifen nicht bis zur Uferkante genutzt werden sollen, wäre ebenfalls eine zielgerichtete Maßnahme.

Bestehende Regelungen (v.a. Wasserschutzrecht) bieten dafür bereits eine Grundlage, die entweder gesetzlich erweitert werden könnte oder stärker, lückenlos überprüft werden müsste.

Hochwasserschutzbauwerke & öffentliche Infrastruktur :

Wir bemängeln, dass die Hochwasserschutzbauwerke und die öffentliche Infrastruktur im Verordnungs-Entwurf überhaupt nicht erwähnt werden.

Falls sich der Verordnungs-Entwurf ausschließlich auf solche kritischen öffentlichen Bauwerke beziehen soll, muss dies eindeutig erkennbar, geregelt und eingeschränkt sein.

Ziel der Verordnung = Konflikte entschärfen :

Das erklärte Ziel der Verordnung ist es, Konflikte mit dem Biber zu entschärfen.

Der vorliegende Verordnungs-Entwurf ist leider so aufgebaut, dass genau diese Konflikte nicht entschärft werden. Stattdessen fördert der Entwurf einen endlosen Teufelskreis, in dem dauerhaft und regelmäßig Biber getötet werden sollen, die sich an den passenden Stellen immer wieder ansiedeln werden (wie auch in den Erläuterungen korrekt beschrieben wurde).

Durch den Verordnungs-Entwurf werden diese Konflikte also nicht gelöst - außer das erklärte Ziel wäre die Ausrottung des Bibers - was wiederum ganz eindeutig gegen geltendes EU-Recht verstoßen würde und nicht im Sinne der Allgemeinheit wäre.

Die erneute Ausrottung des Bibers muss auf alle Fälle vermieden werden. Durch den allgemein günstigen Erhaltungszustand ist dies nicht direkt ein Risiko, allerdings muss auch das regionale Ausrotten, bzw. Zurückdrängen, vermieden werden.

Durch die natürliche maximale Anzahl der Biber wird sich das System ohne Eingriffe selbst einpendeln. Eingriffe sind nur kurzfristige Lösungen, da sich der Biber an diesen Stellen immer wieder ansiedeln wird. Das bedeutet, dass der Konflikt nicht gelöst wird, sondern immer wieder an den selben Stellen auffachen wird. In Anbetracht der Aufwände pro Konflikt ist dies auch wirtschaftlich gesehen eine dauerhafte Verschwendung von Steuergeldern.

Absenkung, Seite 6:

Hier wird erwähnt, dass der Eingang stets 30-50 cm unter Wasser liegen muss. Diese wichtige Information fehlt im Verordnungs-Entwurf und muss nachgezogen werden (sofern im finalen Entwurf die Absenkung noch eine Rolle spielen sollte).

Wird der Hauptdamm unsachgemäß abgesenkt, führt dies zu unnötiger Tierquälerei, besonders wenn Jungtiere involviert sind.

Wie hier ebenfalls beschrieben wurde, werden Hauptdämme vom Biber rasch wieder errichtet bzw. Schäden ausgeglichen. Das führt wiederum zu mehr Konflikten (der Biber muss dann ja wieder neues Material beschaffen,...). Verluste von Hauptdämmen und deren Beschädigung müssen folglich möglichst vermieden werden. Der Eingriff an Hauptdämmen führt ansonsten zu einem Teufelskreis an Konflikten ([Als zusätzliche Referenz hier ein Artikel aus Bayern](#)).

Wirksamkeit von Eingriffen in den Biberlebensraum :

Weiters wird durch die Erläuterungen erwähnt, dass “die Vergrä-mungswirkung von Eingriffen in den Biberlebensraum als gering angesehen wird ”. Damit unterstreicht der vorliegende Entwurf selbst, dass diese Eingriffe größtenteils unnötig sind (wie wir weiter oben bereits bemängelt haben).

Eingriffe in die Biberpopulation :

Wie in den Erläuterungen beschrieben, kann und muss das Töten eines Bibers ein Einzelfall und das letzte mögliche Mittel sein.

Das unterstreicht, dass das vorliegende Kontingent von 84 Bibern nur in Ausnahmefällen ausgeschöpft werden soll - und gleichzeitig viel zu hoch ist.

Wie oben bereits von uns angemerkt, sollte eine Flächenablöse die bevorzugte Strategie sein, da dies Konflikte nachhaltig löst. Falls eine Flächenablöse nicht möglich ist (wobei sie das immer sein sollte), muss die Umsiedlung eindeutig vorzuziehen sein. Der Biber wird von anderen (Bundes-)Ländern als wichtiger Partner gesehen.

Prüfung der Voraussetzungen für Eingriffe in die Biberpopulation :

Technischer Hinweis: Hier hat sich ein Kopierfehler eingeschlichen: “Eingriffe in den Biberlebensraum sind verpflichtend fachlich zu begleiten.” (statt Biberpopulation)

Befugter Personenkreis:

Die naturschutzrechtliche Ausnahmeverordnung wird gerade hierdurch verwaschen, dass die Beauftragung zur Tötung des Bibers an die Jagdausübungsberechtigte der von diesen beauftragte Inhaber einer gültigen Jagdkarte sowie Jagdschutzorgane übergeben wird. Der Biber untersteht strengem Naturschutz. Jedoch entsteht der Eindruck, dass der Biber eine nahezu frei zu bejagende Art sei. Die Öffnung für jagdberechtigte Personen verwässert den strengen Schutzstatus des Bibers.

Wir zweifeln an, ob alle durch den Verordnungs-Entwurf beauftragten Personen ausreichend in Sachen Naturschutz (in Zusammenhang mit dem Biber) geschult sind.

Wirksamkeit von Eingriffen in die Biberpopulation :

Wir wollen herausheben, dass hier durch die Erläuterungen selbst erneut bestätigt wird, dass Eingriffe in die Biberpopulation ausschließlich >einmalig< wirkungsvoll sind. Dies unterstreicht erneut, dass dadurch Konflikte nicht nachhaltig gelöst werden können, sondern immer wieder auftreten werden.

Wirksamkeit von Eingriffen in die Biberpopulation :

Hier wird durch die Erläuterungen selbst bestätigt, was wir am Vorblatt bereits kritisiert haben. “Limitierender Faktor für den natürlichen Bestand des Bibers ist die Verfügbarkeit von Lebensraum. Häufige Eingriffe in die Biberpopulation würden somit die Reproduktionsrate des Bibers auf einem hohen Niveau halten oder sogar erhöhen und das Erreichen eines Zustandes natürlicher Bestandsregulation künstlich verhindern.”

Folglich sollten Eingriffe in die Biberpopulation bestmöglich vermieden werden (dies inkludiert auch die von uns vorgeschlagene Umsiedlung). Entsprechend ist das Kontingent von 84 Bibern zu hinterfragen.

Eine Entnahme von Bibern darf ausschließlich in Ausnahmesituationen, und nach

sorgfältiger Prüfung, und nach Ausschöpfung von Vergrämnungsmaßnahmen oder Flächenablösen, ermöglicht werden. (wie unter "Umstände der Ausnahmen" festgehalten)

Umstände der Ausnahmen:

Das Zusammenleben von Mensch und Biber muss unserer Ansicht nach stärker gefördert werden. Der Verordnungs-Entwurf wird dem nicht gerecht.

Wir widersprechen der Aussage "Die Umsetzung von Präventionsmaßnahmen nimmt somit einen hohen Stellenwert in der Verordnung ein". Unserer Ansicht nach kommen die wirklich effektiven Präventionsmaßnahmen (Vergrämnung, Zäunung, Baumschutz, Grabschutz) zu kurz, bzw. kommen gar nicht vor (Flächenablöse, Raumordnung)

Umstände der Ausnahmen:

Wir stimmen zu, dass der Zielzustand eine stabile, den vorhandenen Lebensraum nützende und gestaltende Biberpopulation sein sollte. Dies wird im Verordnungs-Entwurf nicht widerspiegelt. Der Verordnungsentwurf entspricht nicht diesem Zielzustand, welcher durch das "In-Ruhe-Lassens" des Bibers am besten erreicht werden würde, wie die vorliegenden Erläuterungen bereits ausdrücklich selbst unterstrichen haben.

Nullszenario und allfällige Alternativen:

Hier werden besonders technische Bauwerke (Kläranlagen, Fischaufstiegshilfen, Dämme) hervorgehoben. Sollte der Verordnungs-Entwurf sich primär oder ausschließlich auf diese relevanten Strukturen beziehen, so ist dies ausdrücklich im Gesetzestext selbst festzuhalten und dadurch einzuschränken.

Stattdessen spricht der Verordnungsentwurf davon, dass Eingriffe von "allen von einer Biberaktivität betroffenen Personen" ausgeübt werden dürfen. Dies widerspricht sich. Vielmehr sollte zwischen verschiedenen betroffenen Personenkreisen unterschieden werden. Es macht aus unserer Sicht einen Unterschied, ob der Biber sich tatsächlich in der Nähe einer Kläranlage ansiedelt, oder an einem kleinen Randstreifen eines Feldes an Ufernähe.

Im Detail beziehend auf den eigentlichen Verordnungs-Entwurf:

Ungeachtet dessen, dass aus unserer Sicht jegliche Grundlage für den Anlass des Verordnungs-Entwurfs fehlt, nehmen wir im Detail Bezug auf diesen.

Wir möchten hier erneut betonen, dass wir der Verordnung grundsätzlich widersprechen. Wir sprechen uns ausdrücklich für den Erhalt des strengen Schutzstatus des Bibers aus.

§1 (2) 2.+3. → Die Verordnung sollte Ausnahmen in allen Europaschutzgebieten berücksichtigen, unabhängig ob der Biber als Schutzgut genannt ist, und unabhängig von der Größe der Schutzgebiete. (Alle Natura 2000 Schutzgebiete eingeschlossen). Es muss in allen Europaschutzgebieten gelten, um nicht gegen geltendes EU-Recht zu verstoßen.

§2 (1) + §3 (3) → Die Absenkung von Hauptdämmen legt die Höhleneingänge der Biberburg frei. Das ist eine Gefährdung der lebenden Biber (Füchse können eindringen, Erfrierungsgefahr,...). Deshalb ist dies keine Präventionsmaßnahme, sondern stellt einen

schwerwiegenden Eingriff dar, der das (nach §1 Tierschutzgesetz geschützte) Wohlergehen und das Leben der Biber bedroht.

§3 → Die Maßnahmen müssen der Reihe nach ausgeschöpft werden. Erst, wenn (1) unwirksam war und durch einen Amtssachverständigen für Naturschutz festgestellt wurde, darf (2) ausgeführt werden. Erst, wenn (2) unwirksam war und durch einen Amtssachverständigen für Naturschutz festgestellt wurde, darf (3) ausgeführt werden. Unerlaubte oder unsachgemäße Maßnahmen sollten streng bestraft werden.

§4 (1) & §5 (1) → Der Zeitraum überschneidet sich mit der Paarungs- und Trächtigkeits-Zeit des Bibers. (Die Paarungszeit ist von Januar bis April). Diese Zeit muss die absolute Schutz-Zeit sein, in der keine Eingriffe stattfinden dürfen. Die Schutzzeit muss die Aufzucht der Jungen ebenfalls abdecken.

§4 (2) → Wenn jede betroffene Person Eingriffe in den Biberlebensraum durchführen darf, ist die Gefahr groß, dass dies nicht fachgerecht passiert. Wie bereits oben erwähnt, kann dies bereits verheerende Auswirkungen auf die betroffenen Biber haben, sowie eine Kette anderer Arten, die durch den Biberlebensraum angesiedelt werden. Eine Kontrolle der Maßnahmen ist damit ebenfalls unmöglich. Die Eingriffe in den Biberlebensraum sollten nur im Beisein eines Amtssachverständigen für Naturschutz erlaubt sein. Unerlaubte oder unsachgemäße Maßnahmen sollten streng bestraft werden.

§5 → Eine Kooperation mit anderen Ländern sollte angestrebt werden, um die Tötung von Bibern zu verhindern. Spätestens sobald eine Falle gesetzt wird, sollte angefragt werden, ob eine Umsiedlung in ein anderes Bundesland und/oder EU-Land möglich ist. Wenn ein Biber gefangen wurde, sollte dieser schnellstmöglich in das naheliegendste Gebiet mit freien Plätzen umgesiedelt werden. Eine Zwischen-Unterbringung in eine Quarantäne- oder Auffangstation sollte (alternativ) angestrebt werden. Das Töten von Bibern sollte vermieden werden. Das Töten widerspricht §6 (1) TSchG, da kein vernünftiger Grund vorliegt, solange Umsiedlungen möglich sind. Unerlaubte oder unsachgemäße Entnahmen sollten streng bestraft werden.

§5 (2) → Die Ausweitung der Berechtigung durch eine gültige Jagdkarte ist zu hinterfragen. Grundsätzlich muss sichergestellt werden, dass Eingriffe in die Biberpopulation nur durch Fachpersonal erfolgen. Dies muss streng reglementiert, geschult und kontrolliert werden.

§6 → Das begleitende Monitoring (Zählung) ist hier ein wesentlicher Faktor, um die Ausrottung des durch die EU streng geschützten Bibers zu verhindern. Selbst wenn der Erhaltungszustand aktuell günstig ist, muss vermieden werden, dass der Biber erneut in der Steiermark von einer Ausrottung bedroht wird. Das Kontingent muss kritisch hinterfragt werden. Bestenfalls sollte es eine Obergrenze darstellen, die nicht ausgeschöpft wird. Die von uns oben genannten Maßnahmen-Vorschläge der Umsiedlung sollten bevorzugt werden (und ebenfalls in dieses Kontingent fallen). Unerlaubte Entnahmen sollten streng bestraft werden.

§6 → Das indirekte Töten von Bibern durch die Eingriffe in den Biberlebensraum (z.B. Absenken von Hauptdämmen, Entfernen von Burgen) sollte ebenfalls überwacht werden.

§7 (1) → Die Entfernung eines Hauptdammes innerhalb von 2 Wochen zu melden ist irreführend, da dies laut §4 (3) ohnehin nur im Beisein eines Vertreters der für den Naturschutz zuständigen Abteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung erfolgen darf.

§7 (4) → Eine stichprobenartige Kontrolle ist zu wenig. Jede Biber-Baustelle muss wie bisher durch die für den Naturschutz zuständige Abteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung kontrolliert und begleitet werden.

§8 → Die Auswirkungen der Verordnung sollten früh und regelmäßig (z.B. nach 1 Jahr) evaluiert werden. Die Ausrottung des streng geschützten Bibers muss auf alle Fälle verhindert werden. Selbst wenn der Erhaltungszustand aktuell günstig ist, muss vermieden werden, dass der Biber erneut in der Steiermark von einer Ausrottung bedroht wird.

Abschließendes Fazit:

Die Verordnung muss entweder grundlegend überarbeitet oder zurückgezogen werden. Vorrangig sind nachhaltige Konfliktlösungen, Schutz von Gewässerrandstreifen (inkl. flächendeckender Kontrolle), fachlich begleitete Präventionsmaßnahmen sowie Umsiedlungen statt Tötungen.

Der strenge Schutzstatus des Bibers ist beizubehalten.